



Medienmitteilung

Bern / Basel, 20. Juni 2014

Medikamente – Konzept und Vision erforderlich

Gestern hat das Eidgenössische Departement des Innern Verordnungsänderungen im Medikamentenbereich in die Anhörung gegeben. Es handelt sich dabei um die fünfte Systemveränderung in fünf Jahren und ein weiterer Eingriff ist bereits angekündigt. Während permanent an einzelnen Komponenten des Preisfestlegungssystems geschraubt wird, werden diverse Probleme und Herausforderungen, die im Interesse der Patienten und Versicherten liegen würden, nicht angegangen. Das Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen hat aus diesem Grund eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein umfassendes Positionspapier mit konkreten Lösungsvorschlägen erarbeitet, welches der Öffentlichkeit Ende August 2014 präsentiert wird.

Der Bund hat in den vergangenen Jahren mit mehreren Einzelinterventionen im Bereich der Medikamentenzulassung und –erstattung in das System eingegriffen und bereits weitere Massnahmen angekündigt.

Dieses Vorgehen hat zur Destabilisierung des Systems geführt, was sich wettbewerbsfeindlich und innovationshemmend auswirkt. Ausserdem gibt die Schweiz damit den wichtigsten Standortvorteil für die (forschende) Pharmaindustrie preis, nämlich das Vertrauen in die Stabilität und Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen.

Dabei geht es keinesfalls nur um Fragen der Preisfestsetzung, sondern um den raschen und unbürokratischen Zugang zu nützlichen Innovationen, Patientensicherheit, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz und den Erhalt eines volkswirtschaftlich relevanten Pharmastandortes.

Das jüngste Kapitel in dieser Entwicklung stellt die gestern in die Anhörung gegebene Verordnungsänderung dar, mittels welcher erneut an einigen Parametern des Preisbildungsmechanismus' geschraubt wird. Das mag kurzfristig zu moderaten Einsparungen führen, bringt das System aber nicht auf den richtigen Weg. Durch die erneute Verschlechterung der Rahmenbedingungen wird auch die Medikamentenversorgung gefährdet. Ferner trägt diese Vorlage dem am 25. März 2014 durch die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates unter dem Titel „Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste“ publizierten Bericht mit 8 Empfehlungen und 3

Postulaten kaum Rechnung. Dies verwundert, zumal der Ständerat die drei Postulate erst am 13. Juni 2014 – auf Antrag des Bundesrates – angenommen hat.

Somit ist es nun zwingend nötig, das Thema „Heilmittelerstattung“ umfassend-konzeptionell anzugehen und im Lichte der diversen, miteinander zusammenhängenden Herausforderungen ein nachhaltiges Konzept zu erarbeiten und umzusetzen, das Effizienz, Stabilität, Transparenz und Rechtssicherheit schafft – vor allem für die betroffenen Patientinnen und Patienten, aber auch für alle anderen involvierten Akteure des schweizerischen Gesundheitswesens.

Hierzu gehören neben den Fragen rund um Zulassungsverfahren (Operationalisierung der Zulassungskriterien, Vereinfachung und Beschleunigung der Abläufe), Erhöhung des Marktanteils von Generika und Preisbildung mit Fabrikabgabepreis und Abgeltung an Grossisten und Apotheken sowie selbstdispensierende Ärzte auch zahlreiche Sonderthemen wie Umgang mit den Herausforderungen rund um die personalisierte Medizin, Revision von Art. 71 a und b der Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz (Anwendung von nicht zugelassenen Medikamenten, sog. „Off label use“), die Behandlung von seltenen Krankheiten (Orphan diseases) usw.

Das Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen hat aus diesem Grund eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Positionspapier erarbeitet, welches die notwendigen konzeptionellen und umfassenden Lösungen enthält und Ende August 2014 publiziert wird. Bis dahin wird sich das Bündnis am Anhörungsverfahren zur vorliegenden Verordnungsänderung beteiligen.

Kontakt: Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen, Geschäftsstelle, Henric Petri-Strasse 19, 4051 Basel - Geschäftsführer: Andreas Faller, 079 / 415 33 37

Breit abgestützte und branchenübergreifende Vereinigung mit hoher Legitimation

Am 5. September 2013 ist in Bern das Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen gegründet worden. Mittlerweile gehören dem Bündnis bereits 18 grosse Verbände und Unternehmen aus allen Bereichen des schweizerischen Gesundheitswesens an. Der Vorstand setzt sich aus 21 Top-Exponenten des schweizerischen Gesundheitswesens zusammen.

Das Bündnis ist dank des branchenübergreifenden Charakters und seiner Grösse einzigartig in der schweizerischen Gesundheitslandschaft und schöpft die Legitimation zur Mitwirkung an der Meinungsbildung aus seiner Grösse, seiner breiten Abstützung und der Fachkompetenz seiner Mitglieder.

Das Bündnis engagiert sich für ein marktwirtschaftliches, wettbewerbliches, effizientes, transparentes, faires und nachhaltiges Gesundheitssystem mit einem Minimum an staatlichen Eingriffen und Wahlfreiheit für Patientinnen / Patienten, Versicherte und Akteure unseres Gesundheitswesens. Nur so bleibt genug Raum für Innovation sowie eine Optimierung von Behandlungsqualität und Patientensicherheit.

Das Bündnis kann auf Internet unter www.freiheitlichesgesundheitswesen.ch und auf Facebook unter „Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen“ besucht werden.